

18./XI. 1916

## Teuerungszulagen und Steuerfragen.

Die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses zeigte ein etwas wunderliches Gesicht; die eigentlichen sachlichen Beratungen waren in einer knappen Stunde erledigt; aber dann gab es häusliche Streitereien, die ihre Dauer auf mehr als die doppelte Zeit verlängerten.

Ueber die ersten Gegenstände der Tagesordnung, eine Reihe von Verordnungen, wurde ganz rasch hinweggeglitten. Ein Antrag v. Bodelberg und Genossen, der von der Regierung Auskunft über die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln, Fleisch, Fett und Zucker wünscht, ging an den Staatshaushaltsausschuß. Der erste Aufenthalt geschah bei dem (seinerzeit ausführlich wiedergegebenen) Antrage Schwedendieck und Genossen, der für bestimmte Fälle eine schärfere Erfassung des Einkommens bei der Veranlagung bezweckt. Der Antrag wurde vom Antragsteller des näheren begründet und, nachdem von der Regierung eine Beteiligung an den Ausschussverhandlungen zugesagt und von den Vertretern verschiedener Parteien grundsätzlich zustimmende Erklärungen abgegeben worden, an einen Ausschuß verwiesen.

Bei einem ferneren, von sämtlichen Parteien unterstützten Antrag v. Bodelberg, der einmalige Teuerungszulagen für Staatsbeamte und Staatsarbeiter sowie für Volksschullehrer und Erhöhung der Kriegsbeihilfen für Kinder verlangte, nahm gleich Finanzminister Dr. Lenze das Wort, um darzulegen, was für die niedriger besoldeten Beamten bisher schon getan worden sei. Auch er erkannte die Berechtigung der in dem Antrage enthaltenen Forderung an und knüpfte daran Worte des Lobes für die von den Beamten bewiesene Pflichttreue. Der frei-konservative Abg. Frhr. v. Hedlich betonte, daß es, wo es die Forderungen für die Beamten und Arbeiter gälte, keine Parteien im Hause gäbe, daß da das ganze Haus einig sei.

Herr v. Hedlich hatte bemerkt, daß er als „dienstältestes Mitglied des Hauses“ von allen Parteien beauftragt worden sei, für den Antrag einzutreten. Das aber gerade wurde von anderen Seiten mit der Behauptung bestritten, es sei vereinbart worden, daß überhaupt zu dem Antrag nicht gesprochen werden solle: worüber etliches hin und her geredet wurde. Offenbar handelte es sich um ein Mißverständnis, und das Redegesecht schmeckte ein wenig nach einem Streit um des Kaisers Bart. Erster war die lang ausgesponnene und stellenweise recht lebhafteste Geschäftsordnungsdebatte, die einsetzte, nachdem der Präsident bereits die nächste Sitzung anberaumt hatte. Der nationalliberale Abg. Dr. Friedberg beschwerte sich zur Geschäftsordnung darüber, daß der Unterrichtsausschuß beschlossen habe, die Verhandlungen über den Antrag betreffend Befreiung der Dissidentenkinder vom Religionsunterricht zu vertagen. Diese Beschwerde wurde von dem nationalliberalen Abg. Dr. v. Campe und dem fortschrittlichen Abg. Traub unterstützt, der sozialdemokratische Abg. Adolf Hoffmann erhob den Vorwurf gegen das Zentrum, daß es im Gegensatz zu vorher getroffenen Abmachungen die Beratung des Antrages zu verschleppen suche; er bezichtigte es geradezu des Wortbruchs. Das Zentrum, dessen Sache Abg. Dr. Heß führte, schnitt nicht gut ab, so entrüstet auch Abg. Dr. Porsch wider Hoffmann protestierte.

Den Sitzungsbericht finden unsere Leser in der 3. Beilage.